

Antifaschistische Erneuerung nach 1945.

Chancen – Realitäten – Probleme

Günter Benser

Mit dem Abstand von sechs Jahrzehnten und unter dem Eindruck der 1989/90 eingeleiteten welthistorischen Veränderungen stellt sich die Frage nach den Chancen der antifaschistischen Bewegung in mancher Hinsicht neu. Aus solchem Nachdenken ist dieser Beitrag entstanden. Sein zentraler Bezugspunkt ist der Antifaschismus. Das für die Nachkriegszeit charakteristische Streben nach der Errichtung eines neuen Gesellschaftssystems kann und soll hier nur insoweit gestreift werden, als es dem konsequenten Antifaschismus als Perspektive inne- wohnte. Für Historiker, die sich dem linken Spektrum zurechnen, ergibt sich hier so manche kritische Frage.

Schwierigkeiten der Thematik

Lassen wir einmal den Streit um die Faschismusdefinition beiseite und unterstellen wir, daß es im linken Lager so etwas wie einen Grundkonsens gab und gibt, nämlich darüber, worin sich Faschismus äußert und welchen sozialökonomischen Verhält- nissen, politischen Bedingungen und Interessenlagen er entsprungen ist, so stoßen wir trotzdem auf eine doppelte Problemlage: Das erste Problem besteht darin, daß Antifaschismus nicht zu allen Zeiten dasselbe war und ist; das zweite erwächst daraus, daß im Begriff „Antifaschismus“ nur die Gegnerschaft zum Faschismus, nicht aber ein positives Ziel enthalten ist. Antifaschismus konnte und kann dem- zufolge für unterschiedliche Ziele und Zwecke in Anspruch genommen werden. Es wäre eigentlich noch auf eine dritte Schwierigkeit hinzuweisen, die durch die nationalen Besonderheiten der antifaschistischen Bewegungen bedingt ist, durch das Spannungsverhältnis zwischen nationalen und internationalen Interessen und auch durch Reibungen zwischen einzelnen nationalen Abteilungen der antifaschistischen Bewegung. Das soll aber in diesem auf die deutsche Entwicklung konzentrierten Beitrag nicht thematisiert werden.

Was die zeitliche Ebene betrifft, so wären auseinanderzuhalten:

Erstens, eine frühe antifaschistische Bewegung, die – vor allem nach Errichtung der faschistischen Diktatur in Italien – eine Ausdehnung des Faschismus, unter dem zunächst vorwiegend das italienische Modell verstanden wurde, auf andere Länder zu verhindern suchte. Die Dimension dieser Auseinandersetzung wird deutlich, wenn wir uns bewußt machen, daß in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Faschismus Europa wie ein Krebsgeschwür überwucherte. In einer Vielzahl europäischer Länder wurden faschistische, monarchofaschistische oder faschistoide Regime installiert oder zumindest bürgerlich-demokratische Rechte und Freiheiten aufgehoben, so in Italien, Ungarn, Bulgarien, Spanien, Portugal, Litauen, Jugoslawien, Deutschland, Österreich, Rumänien. In weiteren Ländern

waren faschistische oder rechtsextremistische Parteien und Organisationen auf dem Vormarsch und starteten mitunter regelrechte Putschversuche. Gemessen am Linksruck der Jahre 1917-1919 hatte sich die politische Achse Europas deutlich nach rechts verschoben und somit eine antifaschistische Gegenbewegung herausgefordert. Zweitens, der antifaschistische Widerstand, der sich gegen die in weiten Teilen Europas installierten, um Hitlerdeutschland gruppierten faschistischen Regime richtete und während des zweiten Weltkrieges weitgehend mit dem Kampf gegen ausländische Okkupanten, um nationale Befreiung und für die Herbeiführung des Friedens zusammenfiel und sich auf das Bündnis der kriegführenden Staaten in der Antihitlerkoalition stützte. Er stellte in Inhalt und Form eindeutig den Höhepunkt des antifaschistischen Kampfes dar, und er ließ das Pendel der europäischen Politik wieder nach links ausschlagen.

Drittens, die antifaschistische Bewegung nach dem Sieg der Antihitlerkoalition und der Zerschlagung Hitlerdeutschlands und seiner Vasallen. Nun ging es um die Abrechnung mit dem Faschismus, seinen Führern und Parteigängern, um die Schaffung dauerhafter Garantien gegen ein Wiedererstehen des Faschismus. Diese Bewegung entfaltete sich gewissermaßen von unten und von oben. Sie beeinflusste die politische und soziale Nachkriegsentwicklung in zahlreichen Ländern in unterschiedlichem Grade und auf unterschiedliche Weise. Doch schon bald geriet diese Bewegung in den Sog der sich herausbildenden, einander erbittert befehdenden Lager des kalten Krieges, die nicht nur die Staaten, sondern auch alle politischen und sozialen Bewegungen in eine – die früheren antifaschistischen Gemeinsamkeiten aufhebende – Konfrontation hineintrieben.

Hiervon wäre viertens noch die gegenwärtige Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus abzuheben, der nicht als bloße Fortführung des Faschismus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verstanden werden sollte. Diese Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus wird von einem breiten politischen Spektrum getragen, doch mit sehr unterschiedlicher Konsequenz geführt. Nur einige Gruppierungen knüpfen ganz bewußt an die Traditionen der antifaschistischen Widerstandsbewegung an und vertreten über die bloße Verteidigung der gegenwärtigen Zustände hinausweisende Ziele.

Diese einzelnen Stadien haben alle ihre Besonderheiten und sollten nicht in oberflächlicher Betrachtung vermengt werden.

Daß sich die historische antifaschistische Bewegung im ganzen und auch viele ihre einzelnen Gruppierungen – zumindest begrifflich – nicht über ein positives Ziel, sondern über ihre Gegnerschaft zum Faschismus, eben als Antibewegung, definierten, war insofern sinnvoll, als das Ausklammern weitergehender Ziele die breiteste Bündnisbasis ermöglichte. Doch damit waren Divergenzen und Widersprüche im antifaschistischen Lager allenfalls zurückgestellt und aufgeschoben, nicht aber aufgehoben. Es war zu keiner Zeit gelungen, alle Gräben zuzuschütten, und das war bei realistischer Beurteilung der Gegebenheiten und Interessenlagen auch nicht zu erwarten. So konnte auch die Urfehde zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nicht beendet werden. In manchen Ländern traten die Gegensätze im Lager der Befreiungsbewegung zeitweise stärker hervor als die Feindschaft

gegenüber den Okkupanten. Denken wir an die Kämpfe zwischen Titos Partisanen und den Tschetniki in Jugoslawien oder zwischen Armia Krajowa (Heimarmee) und Armia Ludowa (Volksarmee) in Polen.

Wenn nach Chancen und Realitäten gefragt wird, so gilt es herauszustellen, daß der internationale Antifaschismus – womit nicht primär sein internationalistischer Geist, sondern mehr seine internationale Wirksamkeit gemeint ist – seine Chancen schließlich und endlich wahrgenommen hat. Es war in zahlreichen Ländern nicht gelungen, die Faschisten an der Machteroberung zu hindern, aber es gelang, den faschistischen Block zu besiegen, die Okkupanten zu vertreiben, das faschistische Großdeutsche Reich zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen, die faschistischen Apparate zu zerschlagen und einen demokratischen Aufbruch einzuleiten, die befreiten Länder auf neue verfassungsrechtliche Grundlagen zu stellen, wichtige antifaschistische Prinzipien in den völkerrechtlichen Verträgen zur Gestaltung der Nachkriegsordnung zu verankern und erstmals in der Menschheitsgeschichte Hauptkriegsverbrecher und weitere Verbrecher gegen Frieden und Menschlichkeit durch internationale oder nationale Gerichtshöfe zu verurteilen und zu bestrafen. Dies ist ein verpflichtendes Vermächtnis, das nicht durch oberflächliche Totalitarismusinterpretationen, durch die Gleichsetzung von brauner und roter Diktatur, durch eine Opfer-Aufrechnung, die Ursachen und Verursacher des Krieges verschweigt, beschädigt werden darf. Die abwertende Hervorhebung eines „verordneten“ Antifaschismus darf diese Leistung nicht schmälern oder gar vergessen machen.

Das Potential für eine antifaschisch-demokratische Erneuerung in Deutschland

Da sich Deutschland und die Deutschen in ganz Europa und in großen Teilen der Welt verhaßt gemacht hatten, da für sie die Zerschlagung des Hitlerfaschismus von außen und unter unerhörten Verlusten erfolgte, konnte diese Zerschlagung nicht die große Stunde der Freiheit bringen, wohl aber die Befreiung auch der Deutschen. Denn befreit wurden sie: aus und von der faschistischen Gewaltherrschaft, von deren Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschheit, von der Kriegsfurie, von den Wahngedanken und Exzessen der Rassenfanatiker und Welteroberer. Man kann es drehen und wenden, wie man will - wer Befreiung nicht gelten läßt oder bis zur Unkenntlichkeit relativieren möchte, dessen Ablehnung des Naziregimes darf bezweifelt, dessen Stellung zu deutscher Schuld und Verantwortung muß hinterfragt werden.

Je näher der Sieg über den Faschismus heranrückte, desto nachdrücklicher stellte sich für alle antifaschistischen Gruppierungen die Frage: „Was kommt nach Hitler?“ Das ist ein weites Feld, das hier nicht ausgeleuchtet werden kann und soll.¹ In hohem Maße liefen die Programme aller antifaschistischen Gruppierungen auf tradierte Konzepte hinaus. So wurden Antithesen zum Faschismus formuliert, die

1 Eine nach wie vor lesenswerte Bilanz zog zum 50. Jahrestag der Befreiung eine in Marburg veranstaltete Konferenz. Siehe Reinhard Kühnl/Eckart Spoo (Hrsg.): Was aus Deutschland werden sollte. Konzepte des Widerstands, des Exils und der Alliierten, Heilbronn 1995.

wesentlich in Rückgriffen bestanden²: auf konservative Werte und Regularien, auf die katholische Soziallehre, auf den Neoliberalismus, auf sozialdemokratische Vorstellungen eines dritten Weges und der Wirtschaftsdemokratie, auf die Leninsche Strategie des Hinüberleitens der demokratischen in die sozialistische Umwälzung mit der - zunächst nicht erwähnten - Perspektive der Implantierung des sowjetischen Modells. Das waren Ziele, die schon vor dem Eskalieren der faschistischen Gefahr beziehungsweise der Machteroberung der Nazis Programmpunkte gewesen waren. Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus modifizierte kaum die Fernziele, wohl aber die Nahziele, die Wege, die bündnispolitischen Erwägungen. Daß jedweder Weg über die Errichtung eines demokratisch-parlamentarischen Regimes zu führen hatte, wurde in der Anfangsphase des Neubeginns von niemandem in Frage gestellt, jedenfalls nicht, nachdem unübersehbar war, daß sich Hoffnungen auf eine Wiederkehr rätendemokratischer Bestrebungen, vergleichbar der Bewegung in den Jahren 1917-1919, nicht erfüllen werden.

Da heutzutage die sozialistischen Potenzen des antifaschistischen Kampfes und der Abrechnung mit dem Faschismus in der Regel unterschlagen oder gänzlich an die Peripherie gerückt werden, muß an ihr Ausmaß und ihre Ausstrahlungskraft erinnert werden. Wenn Kurt Schumacher vom „Sozialismus als Tagesaufgabe“ sprach, während die KPD unmittelbare sozialistische Zielstellungen nicht nur unterließ, sondern vor ihnen warnte, so hatten diese Positionen bei aller Gegensätzlichkeit doch auch einen gemeinsamen Bezugspunkt: nämlich die weitverbreitete Auffassung, daß die Alternative zur faschistischen Vergangenheit eine wie immer geartete, direkt oder über Zwischenstadien anzusteuern, sozialistische Zukunft sein müsse. Das widerspiegelte sich in der Kritik an den Hinterleuten des Faschismus aus den Kreisen des Monopolkapitals und des Junkertums, in Forderungen nach Vergesellschaftung zumindest der Rohstoffherzeugung, der Schlüsselindustrien und des Verkehrswesens, nach geplanter Wirtschaft und Mitbestimmung. Auf diesem Boden entstand auch Jakob Kaisers Vision eines christlichen Sozialismus. Und Peter Bucher, Mitherausgeber der *Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe* von Quellen zum politischen Denken der Deutschen, verwies noch ein halbes Jahrhundert später auf den damaligen „allgemeinen sozialistischen Zug der Zeit“.³

Angesichts heutiger Verdrängungen, angesichts des zur Delegitimierung der DDR gedachten Konstruktes, daß die Ostdeutschen fast nahtlos aus der braunen in die rote Diktatur hinübergewechselt seien, aber auch angesichts der Hilflosigkeit heutiger Politik und Ökonomie gegenüber den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wäre eine Rückbesinnung auf zukunftssträchtige Potenzen des Jahres 1945 eigentlich dringend geboten. Sie täte auch bitter not als Kraftspender und

2 Siehe Günter Benser: *Keine „Stunde Null“ – Überlegungen zum historischen Platz des Jahres 1945*, erscheint demnächst im Protokoll der am 12. Februar 2005 in Jena durchgeführten Konferenz zum Thema „8. Mai 1945: Faschismus und Krieg als Gegenstand politischer Auseinandersetzungen“.

3 Peter Bucher: *Nachkriegsdeutschland 1945-1949. Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert*. *Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe*, Bd. X, Darmstadt 1990, S.2, 4.

Ideenreservoir in der Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus und Neonazismus.

Umgekehrt war man sich in Kreisen der Hochfinanz und der Großindustriellen sehr wohl bewußt, welche Gefahren den ökonomisch Mächtigen erwuchsen, wenn der diskreditierte Faschismus als politisches Ergebnis monopolkapitalistischer Strukturen und Interessen begriffen wurde. Der amerikanische Hauptankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß Robert H. Jackson schrieb besorgt an Präsident Harry S. Truman: „Ich hege die Befürchtung, daß eine sich über lange Zeit erstreckende öffentliche Attacke gegen die Privatindustrie – und zu einer solchen würde es im Laufe eines Prozesses kommen – den Industriekartellen den Mut nehmen könnte, weiterhin mit unserer Regierung im Rahmen der Rüstungsmaßnahmen, die im Interesse unserer zukünftigen Verteidigung getroffen werden müssen, zusammenzuarbeiten.“⁴ Und der US-amerikanische Wirtschaftshistoriker Henry A. Turner formulierte – aus seiner Sicht allerdings als zu widerlegende Hypothese – : „Entspricht die weitverbreitete Ansicht, daß der Faschismus ein Produkt des Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum zu verteidigen.“⁵

Der „allgemeine sozialistische Zug der Zeit“ und die an ihn geknüpften Erwartungen stützten sich nicht nur auf die Machterweiterung und das enorm gesteigerte Ansehen der UdSSR sowie auf die Entfaltung „volksdemokratischer“ Revolutionen in Ost- und Südosteuropa. Dazu trugen auch wesentlich der im Juli 1945 errungene Wahlsieg der Labour Party in Großbritannien sowie Erfolge der Linken in Italien und Frankreich und in anderen Ländern bei. So hieß es zum Beispiel in den von August Thalheimer herausgegebenen „Internationalen monatlichen Übersichten“, mit Berufung auf England, Frankreich und Italien, daß „das europäische Festland jenseits der sowjetischen Machtsphäre ebenfalls auf dem Wege zum Sozialismus ist“.⁶ Aufschlußreich ist auch der Briefwechsel ungarischer Sozialdemokraten mit britischen Labourpolitikern. Diese ungarischen Sozialisten setzten nicht zuletzt deshalb große Hoffnungen in Erfolge der Labour Party, weil diese auch die Liberalisierung einer nicht mehr von außen bedrohten, isolierten UdSSR und das Zusammenwirken zweier sozialistischer Zentren ermöglichen würden. Davon erhofften sie sich auch Rückhalt gegen eine kommunistische Umklammerung im eigenen Lande.⁷

Als die im deutschen Widerstand entwickelten Konzepte nach der Befreiung öffentlich verbreitet werden konnten und – zumindest teilweise – in die Programme der neu- oder wiedererstehenden deutschen Parteien einfließen, entwickelten sie alle

4 Zit. nach Jerzy Sawicki: *Als sei Nürnberg nie gewesen...*, Berlin 1958, S.40f.

5 Henry A. Turner: *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft*, Göttingen 1972, S.7.

6 WESTBLOCK-OSTBLOCK. *Welt und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Internationale monatliche Übersichten 1945-48 von August Thalheimer. Erweitert durch Briefe und Dokumente*, hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, Hamburg 1992, S.52.

7 Siehe Janos Jemnitz: *Some Reflections on a Great Historical Chance*, in: *The Forward March on the Left and the Problems of its Progress 1945-1948*, Budapest 2001, S.47-63. Siehe auch den Dokumentenanhang dieser Publikation.

ihre Anziehungskraft auf bestimmte Teile der Bevölkerung. Das führte aber auch dazu, daß die Rivalitäten zwischen den Parteien schon frühzeitig stärker hervortraten als antifaschistische Gemeinsamkeiten – es sei denn, das Parteienleben wurde in einer Weise kanalisiert, wie dies in der Sowjetischen Besatzungszone mit der Blockpolitik geschah. Sehr viel hing also von den jeweiligen, durch die Besatzungsmächte gesetzten Rahmenbedingungen ab.

Chancen, gesellschaftsverändernde Perspektiven des Antifaschismus zu verwirklichen, erwuchsen aus dem veränderten internationalen Kräfteverhältnis, das wesentlich durch das zeitweise Ausschalten der imperialistischen Großmächte Deutschland, Japan und Italien aus der Weltpolitik und durch Machteinbußen des britischen und des französischen Imperialismus gekennzeichnet war. Rundum gestärkt waren nur die USA aus dem Kriege hervorgegangen. Auch die UdSSR konnte einen enormen Machtzuwachs verbuchen, der aber von einem unerhörten Aderlaß durch Menschenverluste und Zerstörung materieller und kultureller Werte begleitet war, so daß auch dadurch die UdSSR keine den USA vergleichbare internationale Anziehungskraft zu entfalten vermochte. Anhaltende Impulse waren von der Auseinandersetzung zwischen Faschismus und Antihitlerkoalition nicht zuletzt für die nationale und antikoloniale Befreiungsbewegung ausgegangen. Insgesamt hatten sich die Spielräume für die Durchsetzung aus dem antifaschistischen Kampf hervorgewachsener linker Alternativen verbessert.

Im nachhinein zeigt sich allerdings, daß die Geschichtsschreibung der DDR – den Lagebeurteilungen der marxistisch-leninistischen Parteien folgend – dieses internationale Kräfteverhältnis und die daraus erwachsenden Chancen für den Übergang der Menschheit zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung und für eine sozialistische Alternative auf deutschem Boden zu optimistisch bewertet hat. Die Aussagen über die neue Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus benannten viele Entwicklungstendenzen mehr oder weniger zutreffend, unterschätzten jedoch die auf eine Stabilisierung des Kapitalismus hinwirkenden Faktoren. Die Fähigkeit des Kapitals zu Innovation, Effizienz und zu wirtschaftlicher Integration wie auch die Fähigkeit kapitalistischer Staaten, ihre zwischenstaatlichen Widersprüche zu beheben und politisches und militärisches Zusammenwirken zu praktizieren, wurde nicht gesehen. Andererseits wurden die Wirkungen einer Vergesellschaftung von Produktionsmitteln überschätzt und Internationalisierung auf dem Felde der Ökonomie, Politik und Kultur mit Internationalismus-Deklamation verwechselt. So wurde nicht gebührend ausgelotet, daß das militärisch-machtpolitische Kräfteverhältnis eine Sache und die sozialökonomische und kulturelle Reife eine andere Sache ist.

Ungünstige Startbedingungen eines „sozialistischen Weltsystems“ sollten sich als ungünstige Konditionen überhaupt erweisen. Dabei wurden die Schwierigkeiten durch das von der kommunistischen Weltbewegung zum Vorbild erhobene, wesentlich von Stalin geprägte sowjetische Modell in vieler Hinsicht eher verschärft statt behoben. Trotzdem waren die vorhandenen Chancen und Möglichkeiten nicht gering. Vor einer eindimensionalen Ursachensuche für das Scheitern einer antikapitalistischen Alternative sei gewarnt.

Für Deutschland ergibt sich vor allem die Frage, wie es um die Potenzen der Führungskräfte und die Bereitschaft der Massen, ihnen zu folgen, bestellt war – also um das, was in der Literatur oft als subjektiver Faktor revolutionärer Prozesse bezeichnet wird.

Der Tatsache, daß es in Deutschland – trotz vielfältiger Appelle deutscher Antifaschisten – keine mit anderen Ländern vergleichbaren Aktionen zur Selbstbefreiung gegeben hatte, muß ein höherer Stellenwert beigemessen werden, als dies zu DDR-Zeiten gemeinhin geschehen ist. Die Aufgabe, den faschistischen Machtapparat zu zerschlagen, wurde den deutschen Antifaschisten von den Siegermächten abgenommen. Das schuf die Grundvoraussetzungen aller weiteren Umgestaltungen und lieferte übrigens auch das wichtigste Argument für die Begründung eines deutschen Weges zum Sozialismus. Die nahezu ausschließliche Befreiung von außen her muß aber zugleich als signifikanter Beleg für die relative Schwäche des deutschen Antifaschismus gesehen werden. Wenn sich besonders der deutsche kommunistische Widerstand als Teil der Antihitlerkoalition verstand, so war dies in qualitativem Sinne durchaus berechtigt. Allerdings war diese Formel auch geeignet, übertriebene Vorstellungen hinsichtlich des eigenen Anteils an der Zerschlagung des Hitlerfaschismus zu wecken. Diese relative Schwäche der antifaschistischen Bewegung in Deutschland ist auf ein ganzes Geflecht von Ursachen zurückzuführen: Die Nazis und ihr Unterdrückungsapparat hatten – beginnend 1933 – alle politischen Gegner erbarmungslos ausgeschaltet, aus ihrer Heimat vertrieben und viele von ihnen physisch vernichtet. Sie hatten aber in der Zeit ihrer innen- und außenpolitischen Erfolge auch große Teile der deutschen Bevölkerung auf ihre Seite gezogen, andere Teile zur Anpassung veranlaßt. Die Mehrheit der Deutschen war mehr oder weniger in die Kriegsverbrechen des deutschen Faschismus verstrickt. Und wenn auch die meisten Deutschen schließlich den Frieden herbeisehnten, so sahen sie ihm doch mit begründetem Bangen entgegen.

Von den im Lande inhaftierten beziehungsweise im Untergrund tätigen oder über verschiedene Emigrationsländer verstreuten Kadern der KPD wurde das Potential der antifaschistisch eingestellten Bevölkerung und speziell der deutschen Arbeiterklasse recht differenziert eingeschätzt, wobei mit fortschreitender Entwicklung die Erwartungen immer nüchterner und realistischer wurden. Die im Lande agierenden Kommunisten hatten in ihren Lagebeurteilungen und strategischen Erwägungen 1944 noch auf eine enge Verknüpfung von antifaschistischem Befreiungskampf und proletarischem Emanzipationskampf gesetzt, auf eine Volksrevolution, die über mehrere Etappen zum Sozialismus führt und sich auf rätendemokratische Erfahrungen der Novemberrevolution stützt.⁸ Nachdem mit der Niederschlagung des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 auch die bedeutenderen kommunistischen Widerstandsgruppen liquidiert worden waren, vermochten sich

8 Siehe Karlheinz Pech: Neue Forschungsergebnisse und -probleme zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes, in: Soziale Grundlagen und Herrschaftsmechanismen des deutschen Faschismus. Der antifaschistische Kampf, Halle 1980, S.74-85.

nur noch die Kommunisten in den Konzentrationslagern über die künftigen Aufgaben zu verständigen. Dort allerdings wurden diese Erwägungen gemäß den veränderten Bedingungen weitergedacht, und die befreiten Konzentrationslager sollten sich als Zentren für die Organisation antifaschistischer Kräfte und für den Wiederaufbau der Arbeiterparteien erweisen.

Für die Beurteilung des Potentials der deutschen antifaschistischen Bewegung ist eine zwischen Wilhelm Koenen und Paul Merker entbrannte Kontroverse aufschlußreich. Sie wurde vor allem in der in Mexiko erscheinenden Zeitschrift „Freies Deutschland“ ausgetragen. Mit einem „An meinen Bruder in London“ überschriebenen Offenen Brief vom 10. April 1945 polemisierte Paul Merker gegen einen von Wilhelm Koenen in der Januarausgabe der Londoner „Freien Tribüne“ veröffentlichten Leitartikel. Der Disput zog sich bis Sommerende hin.⁹ Im Mittelpunkt stand die Frage, inwieweit die deutsche Arbeiterklasse dem Faschismus verfallen, ob sie eine Stütze des Nationalsozialismus geworden sei oder ob sie – Opfer eines Terrorregimes – die Kräfte zu ihrer baldigen Wiederbelebung bewahrt habe. Daraus leitete sich das Problem ab, wie eng sich das Handeln der deutschen Antifaschisten an die alliierten Besatzungsmächte anlehnen müsse, wie rasch eine antifaschistisch-demokratische deutsche Regierung anzustreben sei. Paul Merker vertraute den Regenerationskräften der deutschen Arbeiterbewegung und dem gesunden Sinn der Arbeiter. Ähnlich positionierten sich auch die ebenfalls in Mexiko lebenden Vertreter der früheren KPD(O). Sie betonten, daß die Arbeiterbewegung ihre Eigenständigkeit gegenüber den Besatzungsmächten wahren müsse. Wilhelm Koenen teilte – womöglich von dem in England wuchernden Vansittartismus nicht ganz unbeeinflußt – diesen Optimismus nicht, und er sah die Konsequenzen der Konferenz von Jalta und des sich abzeichnenden Besatzungsregimes realistischer als seine Genossen in Mexiko.

Wir wollen hier nicht den Schiedsrichter spielen, zumal Wilhelm Koenen und Paul Merker vermutlich nicht in den gleichen Zeiträumen dachten, wenn sie Begriffe wie revolutionäre Situation, deutsche Revolution, Übernahme von Regierungsverantwortung und ähnliche gebrauchten. Außerdem waren beide vom realen Ort des Geschehens zu weit entfernt, um ihre Urteile auf eine genaue Beobachtung stützen zu können. Aber diese Kontroverse macht uns bewußt, daß es keinen automatischen Zusammenhang zwischen Zerschlagung des Faschismus und erfolgreichem Vormarsch der Arbeiterbewegung und raschen revolutionären Veränderungen gab.

Die in Moskau tätige Parteiführung der KPD hatte die besten Möglichkeiten, sich ein realistisches Bild zu verschaffen. In Diskussionen mit deutschen Kriegsgefangenen und durch Auswertung von Gefangenenpost wurden auch ihre Vorstellungen von den Denk- und Verhaltensweisen der deutschen Bevölkerung zunehmend illusionsloser. Auch verfügte sie – vor allem vermittelt durch Georgi Dimitroff – über den besten Einblick in die von den Siegermächten vorgesehenen Bedingungen für einen politischen Neuanfang in Deutschland. So ging unter den deutschen Kommunisten die Führung in Moskau auch in ihrer Kooperations-

9 Siehe Freies Deutschland - Alemania Libre, Nr. 6, Mai 1945, und Nr. 10, September 1945 (Beilage).

bereitschaft mit den alliierten Mächten am weitesten. Sie appellierte zwar bis zuletzt an die deutsche Bevölkerung, sich zu erheben und der Naziherrschaft ein Ende zu bereiten. Aber ihre 1944 empfohlene Schaffung von Volksausschüssen als Keimzellen einer neuen Macht tauchte in den Papieren der KPD-Führung immer seltener auf und verschwand nach der Konferenz von Jalta aus dem Forderungskatalog. Anton Ackermann resümierte rückblickend, in der ersten Stufe der Erarbeitung von Richtlinien für ihre künftige Politik sei die KPD „noch restlos auf den Kampf zum Sturz des Hitler-Regimes durch die antifaschistischen Kräfte in Deutschland“ eingestellt gewesen. „In der letzten, abschließenden Phase dieser Arbeit war klar, daß wir in ein durch die militärischen Kräfte der Sowjetunion und der Antihitlerkoalition von außen befreites und von diesen besetztes Land zurückkehren würden. Damit standen manche Probleme anders.“¹⁰

Auch gegenüber dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ ging die KPD schrittweise auf Distanz, gewiß auch in dem Bewußtsein, daß die Losung „Freies Deutschland“ in einen unüberbrückbaren Gegensatz zum unabwendbaren Besatzungsregime geraten war. Schon am 1. März 1945 erklärte Wilhelm Pieck in einem Vortrag: „Mit dem Vormarsch der Armeen der verbündeten Mächte und der fortschreitenden Besetzung Deutschlands wird die Tätigkeit, für die das Nat[ional]kom[itee] geschaffen wurde, immer mehr eingeschränkt und geht in seiner Bedeutung immer mehr zurück.“¹¹ Die kurzzeitige Überlegung, in Deutschland eine Basisbewegung „Freies Deutschland“ zu entwickeln oder eine entsprechende Organisation mit individuellen und kollektiven Mitgliedschaften zu bilden, wurde bald wieder fallengelassen.¹² Als sich das NKFD im November 1945 auflöste, widmete die „Deutsche Volkszeitung“, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, diesem Ereignis einen einzigen Satz unter der Überschrift „Nachrichten aus aller Welt“.¹³ Übrigens gibt es auch in dem von Walter Ulbricht auf dem 15. Parteitag der KPD im April 1946 erstatteten Bericht über die „Politik der Partei“ keine abschließende Würdigung des NKFD, was ein bezeichnendes Licht auf die Wertschätzung früherer Partner im Antihitlerkampf wirft. Die Erwartungen an die Selbstmobilisierungsfähigkeit der deutschen Antifaschisten waren bei den deutschen Kommunisten in Moskau nicht sehr hoch.

So waren die Leiter der aus Moskau entsandten kommunistischen Initiativgruppen – Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobottka – doch etwas überrascht, in welchem Ausmaße im Frühjahr 1945 in allen Teilen Deutschlands unter unterschiedlichen Bezeichnungen und mit unterschiedlicher politischer Breite antifaschistische Ausschüsse hervortraten. Mit ziemlicher Sicherheit dürfen mindestens 500 derartiger antifaschistischer Ausschüsse und Komitees angenommen werden. Vor allem in den traditionellen Zentren der Arbeiterbewegung erlangten sie

10 Erinnerungen von Anton Ackermann, SAPMO-BArch, SgY 30/1291/2.

11 Zit. nach Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke: „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S.368.

12 Siehe Günter Benser: Zur Auflösung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1990, H. 10, S.907-914.

13 Deutsche Volkszeitung, 6.11.1945.

beachtliche Verbreitung, mancherorts entwickelten sie regionale Strukturen. Einzelne dieser Organisationen erfaßten Hunderte, andere sogar Tausende Mitstreiter. Und es gehört zu den beschämendsten Zeugnissen des gegenwärtigen Geschichtsrevisionismus, wie die Leistungen der „Aktivisten der ersten Stunde“ negiert werden, besonders wenn diese aus den Reihen der Kommunisten kamen.

Dieses basisdemokratische Potential war jedoch allen Besatzungsmächten und allen deutschen politischen Parteien suspekt. Die westlichen Besatzungsmächte – allen voran die amerikanische – mißtrauten solchen Aktivitäten zutiefst und griffen in der Regel zu Verboten. Die sowjetische Besatzungsmacht wollte ebenfalls keine schwer kontrollierbaren Komitees dulden, lenkte indessen viele dieser Antifaschisten auf die Mitarbeit in den neuzuschaffenden antifaschistisch-demokratischen Verwaltungen hin. Bei aller Wertschätzung der Antifaausschüsse – sie waren der zweite basisdemokratische Anlauf in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts – stellt sich dennoch die Frage, ob derartige Ausschüsse tatsächlich eine hinreichende Organisationsform darstellten, mit der den elementaren Erfordernissen wie Kampf gegen Hunger und Seuchen, gegen Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit entsprochen werden konnte, ob sie geeignet waren, die Infrastruktur wenigstens notdürftig wieder in Gang zu bringen und größere Teile der Bevölkerung in die Aufbauarbeit einzubeziehen. Da stellten die neuzuschaffenden antifaschistisch-demokratischen Verwaltungen, die allerdings zwangsläufig in direkter Abhängigkeit von der Besatzungsmacht handelten, den wirksameren Hebel dar, um die Not der Bevölkerung zu lindern und die Aufbauarbeit zu steuern. Von den Kommunisten wie auch von vielen Sozialdemokraten wurden diese Verwaltungsorgane, die ja bis zur Länderebene tätig wurden, verständlicherweise als Keimzellen einer künftigen Staatsmacht gesehen, und zwar einer proletarischen bzw. sozialistischen Staatsmacht. In der Sozialdemokratie hatte man sich weniger Gedanken über das Potential für antifaschistisch-demokratische Veränderungen gemacht. Das Prager Manifest von 1934 fußte auf der Hoffnung, daß eine Volksbewegung das Hitlerregime hinwegfegen könne, aber solche Vorstellungen wurden relativ früh wieder fallengelassen. Die in der Endphase des Krieges vor allem vom Londoner Exilvorstand entwickelten Konzepte erwarteten eine staatliche Neuordnung durch die Westalliierten. Dieses Gremium setzte seine Hoffnungen auf die USA unter Roosevelt und, nach dem Wahlsieg der Labour Party, auf die britische Regierung. Die Absage an kommunistische Volksfront-, Einheitsfront- oder gar Vereinigungsangebote fiel immer eindeutiger aus, so daß es linken sozialdemokratischen Gruppierungen überlassen blieb, über Mobilisierungsstrategien nachzudenken. Gleichwohl war die Schnittmenge übereinstimmender oder sich nahekommender Forderungen aus dem kommunistischen und dem sozialdemokratischen Lager beträchtlich, nicht zuletzt hinsichtlich der sozialökonomischen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Organisatorischer Neubeginn

Wenn wir einschätzen wollen, wie es um die Bereitschaft der Massen bestellt war, im Zeichen des Antifaschismus politische und sozialökonomische Veränderungen

herbeizuführen oder mitzutragen, so stehen uns vor allem zwei Indikatoren zur Verfügung. Neben den bereits zitierten zeitgenössischen Einschätzungen der agierenden politischen Kräfte künden die Organisationsprozesse, die sich nach der Befreiung vom Faschismus vollzogen haben, von Sinn, Wert und Fernwirkungen des antifaschistischen Widerstandes und von den Chancen antifaschistischer Programmatik.

Für die Organisationsprozesse war ein enormer Zustrom zu den Arbeiterparteien charakteristisch. Am günstigsten ist die Quellenlage bezüglich der KPD, und deren Analyse hat ja für unsere Frage auch einen besonderen Aussagewert.¹⁴

Daß die Möglichkeiten der KPD unter sowjetischer Besatzung am größten waren, bedarf keiner weiteren Begründung. Sie dürfte in den Territorien der Sowjetischen Besatzungszone vor 1933 knapp 100.000 Mitglieder gezählt haben. Nach der Zulassung politischer Parteien versechsfachte sie hier innerhalb eines Jahres ihre Mitgliederzahl. Das weist zugleich auf eine wesentliche Schwerpunktverschiebung innerhalb der KPD hin, denn nun waren Dreiviertel ihrer Mitglieder in den Parteibezirken der Sowjetischen Besatzungszone organisiert und nur ein Viertel in den Westzonen, zu denen ja eine Reihe traditioneller Zentren der kommunistischen Bewegung gehörten. Bezogen auf die Bevölkerungszahlen waren im Osten, wo die Partei nun auch in ländlichen Gebieten anwuchs, 6-7-mal soviel Menschen in der KPD organisiert wie im Westen. Doch auch dort vermochte sie nach zeitgenössischen Angaben 187.000 Mitglieder zu erfassen. Die SPD, von der mir weniger repräsentative Angaben bekannt sind, erreichte in der Sowjetischen Besatzungszone bis April 1946 etwa das Eineinhalbfache ihrer Mitgliederstärke von vor 1933.

Zu diesen Verschiebungen territorialer Schwerpunkte der Arbeiterbewegung traten gravierende qualitative Veränderungen hinzu. Von den im März 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone in der KPD organisierten Personen hatte höchstens jede zehnte schon vor 1933 dieser Partei angehört. Bedenken wir die hohen, dem faschistischen Terror wie den stalinistischen Säuberungen geschuldeten Verluste vor allem unter Kadern der KPD, so haben wir es mit einer Partei zu tun, in deren Reihen sich um einen relativ kleinen Kern erprobter Funktionäre eine große Zahl neu zur kommunistischen Bewegung stoßender Menschen scharte. Zu dieser Zeit dominierten Arbeiter und Angestellte eindeutig die Mitgliedschaft. Gewachsen war der Anteil von Bauern und Landarbeitern, während Intelligenzberufe nicht nur in der Mitgliedschaft, sondern auch im Kader der KPD äußerst schwach vertreten waren. Das hervorstechend qualitative Neue ergab sich aus der veränderten gesellschaftlichen Stellung und Rolle der KPD, die sich aus einer Partei der strikten Opposition in eine Aufbaupartei verwandelte, die politische Verantwortung übernahm und die Führungsrolle beanspruchte.

14 Näheres bei Günter Benser: Die Struktur der KPD und ihres Kaders (1945/46), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1997, H. 4, S.17-40.

Die Daten der Organisationsprozesse besagen, daß unter entsprechenden Rahmenbedingungen die Mobilisierbarkeit beträchtlicher Teile der Bevölkerung für antifaschistisch-demokratische Veränderungen gegeben war. Vertreter der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften hatten den Hauptanteil der Widerstandskämpfer gebildet. Zu Recht konnten sie als moralische Sieger über den Faschismus auftreten. Auch von manchen bürgerlichen Politikern wurde daraufhin Bereitschaft signalisiert, einen Führungsanspruch der Arbeiterparteien anzuerkennen oder hinzunehmen. Das verschaffte der Arbeiterbewegung erhebliche Autorität, nicht zuletzt unter den zum Umdenken bereiten Jugendlichen. Dennoch sind die Motive für den Beitritt zu einer politischen Partei, zur Gewerkschaft oder zu anderen Massenorganisationen sehr differenziert zu sehen.

Der Vollständigkeit halber sei in diesem Zusammenhang angedeutet, daß zum Vermächtnis des Antifaschismus der Appell zur Einheit gehörte. Denn viele sahen in der Spaltung der Arbeiterbewegung eine, wenn nicht gar die wesentliche Ursache dafür, daß die Machtergreifung der Hitlerfaschisten nicht verhindert werden konnte. Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED, die Art und Weise ihres Zustandekommens und die Umwandlung der Einheitspartei in eine Partei neuen Typs stellten jedoch nicht die einzige Möglichkeit dar, diesem Vermächtnis zu entsprechen, und die von diesem Zusammenschluß ausgehenden Wirkungen waren teils geeignet, den Antifaschismus zu kräftigen, teils aber beschädigten sie ihn.¹⁵

Ein Vergleich der deutschen Territorien besagt, daß sich die durch die Besatzungsmächte gesetzten Rahmenbedingungen von Anfang an gravierend auswirkten. Wenn nach antifaschistisch-demokratischen Chancen gefragt wird, so hingen diese wesentlich davon ab, ob sich – vielleicht zunächst nur in einem Teil Deutschlands – ein Kraftzentrum schaffen ließ, das früher oder später auf ganz Deutschland ausstrahlte. Das ist von der SED und den mit ihr zusammenarbeitenden Kräften zweifellos, wenngleich zum Teil auf kontraproduktive Weise, versucht worden, aber aus einer Vielzahl objektiver und subjektiver Ursachen heraus nicht in erwartetem Maße gelungen. Von der Bodenreform, von der Schaffung volkseigener Betriebe, von der Brechung des Bildungsprivilegs, von der Erweiterung der Möglichkeiten für Frauen und Jugendliche, den Rechten der Betriebsräte und anderen Fortschritten gingen positive Wirkungen aus. Dem standen indes Demokratiedefizite entgegen. Der Monopolanspruch der marxistisch-leninistischen Partei, die anhaltende Abhängigkeit von der UdSSR und der in Moskau initiierten Politik und andere negative Erscheinungen erwiesen sich – von den ungünstigeren ökonomischen Startbedingungen einmal abgesehen – als belastende Umstände. Wir haben deshalb auch nach gegenläufigen Tendenzen zu fragen.

Belastungen des Antifaschismus

Angesichts der Belastungen, welche die Kriegsfolgen insgesamt, Besetzung, Demontagen und Reparationen, Vertreibungen und Aussiedlungen, Übergriffe von

15 Siehe Ders.: Zusammenschluß von KPD und SPD 1946. Erklärungsversuche jenseits von Jubel und Verdammnis (= hefte zur ddr-geschichte 27), Berlin 1995.

Angehörigen der Roten Armee im besonderen mit sich brachten, war der Rückhalt der deutschen Kommunisten und anderer Antifaschisten bei der Besatzungsmacht ihrem Führungsstreben keineswegs durchweg förderlich. Er beeinträchtigte ihr Ansehen als Interessenvertretung deutscher Werktätiger. Und die unterstellte Interessenidentität zwischen einer internationalistischen Siegermacht UdSSR und der notleidenden, die nationale Einheit herbeisehnenden deutschen Bevölkerung war nur schwer zu vermitteln. So sei nochmals August Thalheimer zitiert, weil dessen bedenkenswerte Lagebeurteilungen, die nicht den in Deutschland vorhandenen Anpassungszwängen unterlagen, in der Geschichtsschreibung der DDR keine Beachtung gefunden haben. Er und seine Genossen hatten ziemlich hart, aber im Kern nicht unbegründet geurteilt, als sie im Juli 1945 über alle neu- oder wiedererstehenden deutschen Parteien feststellten: „Ihre zugelassene Tätigkeit, wie die der Gewerkschaften, ist also nur die von Hilfsorganen oder Werkzeugen zur Durchführung der Zwecke der Besatzungsbehörden. Sie sind keine selbständigen Organisationen für die Vertretung der eigenen Interessen und Zwecke der deutschen Bevölkerung.“¹⁶ Dahinter standen allerdings unrealistische Vorstellungen von den revolutionären Potenzen im deutschen Volke, und die Forderungen nach politischer Unabhängigkeit und nach revolutionärem Aufbruch ließen sich leichter in Mexiko postulieren als in Deutschland praktizieren.

Wenn es um die Grundsatzentscheidung ging, so vertraten indes auch Leute, die der sowjetischen Politik unter Stalin kritisch, teils sogar sehr kritisch gegenüberstanden, 1945 den Standpunkt, daß man sich im anbahnenden Konflikt zwischen den USA und der UdSSR im Interesse einer linken Alternative an die Seite der Sowjetunion stellen müsse. So schrieb Thalheimer in einem Brief: „Wir sind entschieden nicht der Meinung, daß man heute keinen Unterschied zwischen der amerikanisch-englisch-französischen und der russischen Besatzungspolitik machen müsse. [...] Wir können uns mit keiner von ihnen identifizieren. Aber die bis heute vorliegenden Tatsachen lassen keine Zweifel daran, daß der anglosächsische Block (bei dem die Vereinigten Staaten führend sind), systematisch auf die Erhaltung des Kapitalismus in Deutschland ausgerichtet ist, während die SU das entgegengesetzte Ziel hat und es auf ihre Weise durchführt.“ Nach seinen Worten „barbarisch, grob, autoritär, nationalistisch-egoistisch“.¹⁷

In einer nicht zur Veröffentlichung gedachten Stellungnahme des Zentralaussschusses der SPD zur Ostorientierung hieß es mit vergleichbarer Argumentation: „Die deutsche Arbeiterklasse muß in weltpolitischen Machtfragen die Partei desjenigen ergreifen, dem der Friede Zweck und nicht Mittel der Politik ist. Das ist trotz ihrer Unterschrift unter Friedensdokumente bei einer kapitalistisch-imperialistischen Weltmacht nicht der Fall. Sie [gemeint ist die Arbeiterklasse G.B.] ergreift die Partei derjenigen Weltmacht, deren Struktur den Faschismus als kriegerrische Organisationsform einer Nation ausschließt. Bei einer Wahl zwischen

16 WESTBLOCK-OSTBLOCK, S.58.

17 Ebenda, S.76. Hervorhebungen im Original.

der Sowjet-Union und den USA ist das die Sowjet-Union.“¹⁸ Das war jedoch nicht der generelle sozialdemokratische Standpunkt, auch nicht in der Sowjetischen Besatzungszone.

Die deutschen Antifaschisten hatten also – soweit sie überhaupt wählen konnten – sehr schwierige Entscheidungen zu treffen, denn die Situation war weitaus vertrackter, als wir sie heute von jenen Interpreten vorgestellt bekommen, die das simple Gut-Böse-Schema der US-Administration übernommen haben. Es stellt sich allerdings auch die Frage, ob sich die sowjetische Führung des ihr entgegengebrachten Vertrauens bzw. der in sie gesetzten Erwartungen und Hoffnungen seinerzeit überhaupt bewußt war und ob sie diese gerechtfertigt hatte. Dem kann hier nicht nachgegangen werden. Aber daß sie die diesbezüglichen Möglichkeiten ausgeschöpft hätte, wird wohl niemand ernstlich behaupten wollen.

Der Bruch, der mit Beginn des kalten Krieges zwischen den Mächten der Antihitlerkoalition erfolgte, zog sich auch durch das antifaschistische Lager und polarisierte dieses. Markantester Ausdruck ist die Aufspaltung der in der Endphase des zweiten Weltkrieges unter antifaschistischem Vorzeichen geschaffenen internationalen Verbände wie des Weltgewerkschaftsbundes, des Weltbundes der Demokratischen Jugend, der Internationalen Demokratischen Frauenföderation und des Internationalen Studentenbundes. Hier liegt eine wesentliche Erklärung dafür, weshalb die perspektivischen Chancen des Antifaschismus nicht voll genutzt werden konnten. Aus einer Bewegung, die eine Erneuerung von unter her versucht hatte, wurden zerstrittene Gruppierungen und Organisationen. Die Ziele und Werte des Antifaschismus wurden den Doktrinen des jeweiligen Lagers und den Interessen der jeweiligen Führungsmächte untergeordnet. Der daraus resultierende Verlust an eigener Gestaltungsfähigkeit scheint mir die eigentliche Ursache dafür zu sein, daß die Erwartungen der Widerstandskämpfer nicht eingelöst werden konnten und sich die Zukunftspläne der konsequenten Antifaschisten nicht erfüllen.

Für Deutschland und die deutschen Antifaschisten spielten natürlich jene Belastungen eine wesentliche Rolle, die im Gefolge der militärischen Niederlage, der Besetzung und der Verpflichtungen zur Wiedergutmachung auftraten, Belastungen, die durch neue Grenzziehungen, Flucht und Aussiedlungen usw. hervorgerufen wurden. Auch traf die Abstrafung der Schuldigen an Krieg und Faschismus nicht immer die Richtigen, jedenfalls oft nicht die Hauptverantwortlichen und noch weniger die im Hintergrund agierenden Nutznießer, speziell aus den Kreisen der Wirtschaft.

Nach 1990 sind die schlimmen Begleiterscheinungen der Besatzung zunehmend an den Internierungs- beziehungsweise Speziallagern festgemacht worden. Diese waren indes keine ostdeutsche Besonderheit. Was ihnen die eigene Note verschaffte, war das Tabu, mit dem sie lange Zeit umgeben wurden. Derartige Lager waren indes eine generelle Begleiterscheinung der Abrechnung mit dem Faschismus. Die Angaben

18 Zit. nach Andreas Malycha: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) im Jahre 1945. Zu Rolle und Wirksamkeit des Zentrallausschusses (ZA) im Ringen um antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen in der Etappe der Aktionseinheit von KPD und SPD (Mai 1945 bis Dezember 1945), Diss., Berlin 1988, S.101.

über Internierungen sind lückenhaft und widersprüchlich, doch dürfte außer Zweifel stehen, daß es im Europa der Jahre 1944 bis 1946 neben Millionen Kriegsgefangenen eine die Millionengrenze erheblich übersteigende Zahl von internierten Personen gegeben hat. Um nur eine ungefähre Vorstellung zu vermitteln: Im damals etwa 270.000 Einwohner zählenden Luxemburg sollen kurzfristig 10.000 Menschen in Haft genommen worden sein. Die Zahl der – meist zu Freiheitsstrafen – Verurteilten schwankt in der Literatur für Belgien zwischen 55.000 und 77.000, für Frankreich zwischen 40.000 und 50.000, wobei noch 70.000 Nebenstrafen hinzuzurechnen sind, für Italien zwischen 3.000 und 4.000, doch sollen sich hier bis zur Amnestie vom Oktober 1946 etwa 50.000 Personen in Gewahrsam befunden haben. In den Westzonen Deutschlands verurteilten alliierte Militärgerichte 5.025 Angeklagte. Auf dem Territorium der DDR wurden nach offiziellen Angaben bis Ende 1982 insgesamt 12.868 Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschlichkeit rechtskräftig verurteilt.¹⁹

Daß Nazis in Lager verbracht worden sind, entsprach gemeinsamen alliierten Vereinbarungen und war Praxis in allen Besatzungszonen. Anders ließ sich die Befriedung des deutschen Territoriums und die Vorbereitung einer juristischen Bestrafung von Schuldigen kaum bewerkstelligen. Wenn etwas zu beanstanden ist, dann die nicht selten willkürlichen Festnahmen, die pauschalen Urteile von Militärtribunalen und die Zustände in vielen dieser Lager. Der Herausforderung, altes Unrecht zu bestrafen, ohne neues Unrecht zu schaffen, ließ sich selbst bei bestem Willen nicht uneingeschränkt entsprechen. Aber das Ausmaß solchen neuen Unrechtes war nicht unabänderlich vorgegeben. Auf alle Fälle wirkte es sich gegen die Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten für eine antifaschistisch-demokratische Erneuerung von unten her aus.

Insofern die Speziallager und die sowjetischen Militärtribunale Inbegriff exzessiver Verfolgung wurden, was in erheblichem Maße, aber keineswegs generell zutraf, haben wir es mit der Übertragung stalinistischer Praktiken auf den gesamten erweiterten Einflußbereich der UdSSR zu tun. Die unter Stalin erfolgten Säuberungen und der Terror, deren volles Ausmaß und deren ganzen Schrecken damals kaum jemand überschaute, lasteten wie eine tickende Zeitbombe auf den deutschen Kommunisten und allen sich auf die Sowjetunion orientierenden Antifaschisten. Es sollte sich als schlimme Hypothek erweisen, daß ein antifaschistisch-demokratischer Neubeginn, daß die Rückkehr deutscher Emigranten aus der UdSSR nicht mit dem Offenlegen dieser schlimmen Seiten der Geschichte der Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung und mit dem Gedenken an die Opfer zusammenfallen konnten. Die Formulierung „nicht konnten“ ist berechtigt, weil diese Möglichkeit zur Zeit des Neubeginns tatsächlich nicht gegeben war. Gerade für das Ausgangsjahr 1945 ist es schlechterdings nicht vorstellbar, wie die Führung der KPD – selbst wenn sie gewollt hätte – sich dieses „Erbes“ hätte entledigen können, und zwar im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, in dem

19 Näheres siehe Günter Benser: Antifaschistischer Widerstand und Überwindung des Faschismus als europäisches Problem. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1985, H. 5, S.411.

nicht nur die Sowjetische Militäradministration regierte, sondern auch das NKWD sofort seine Netze auswarf. Natürlich verhinderte auch die direkte Verstrickung führender KPD-Mitglieder in die Verfolgungen eine Auseinandersetzung mit diesen beschämenden und leidvollen Geschehnissen. Aber kommunistische Parteien, die sich freier entfallen konnten als die deutsche, haben damals eine Abrechnung mit dem Stalinschen Terror ebenfalls nicht gewagt. Übrigens hatten anfänglich alle Besatzungsmächte gemeinsam jedwede Kritik an jeglicher ihrer Tätigkeiten unter Strafe gestellt. Auch die Westmächte respektierten damals das Tabu um Verbrechen Stalins.

Die Chancen des Antifaschismus können indes nicht ausgelotet werden, ohne alle diese schweren Belastungen mitzudenken.

Versagen des „verordneten Antifaschismus“?

Ist nun also – obgleich der Sieg über den Faschismus triumphal war – die nachfolgende Abrechnung mit dem Faschismus und speziell mit dem Nazismus mißlungen? Und speist sich der heutige Neofaschismus aus diesem Versagen? Handelt es sich um das Aufbrechen konservierter Strukturen, um die Reaktivierung alter Personengeflechte (gewissermaßen von „Schläfern“), um das neuerliche Öffentlichmachen nie preisgegebener Ideologien, Mythen und Ressentiments, oder wurzelt der Neonazismus in Widersprüchen unserer Zeit, wie sie sich vor allem aus den Folgen der modernen Globalisierung, aus dem Abtragen des Sozialstaates, aus dem Ausmaß der Migration, aus Politik- und Politikerverdrossenheit, aus einer verfehlten deutschen Vereinigungspolitik, aus den machtpolitischen und militärischen Avancen der vergrößerten Bundesrepublik, aus Konflikten zwischen dem Westen und der islamischen Welt und ähnlichen Erscheinungen ergeben? Und ist es nicht eher so, daß diejenigen, die den Problemen unserer Zeit mit rechts-extremistischen Parolen begegnen, dabei auf die überlieferten Doktrinen und Argumentationen des Nationalsozialismus und auf den noch älteren Antisemitismus und Rassismus zurückgreifen, wissend um die Faszination faschistischer Symbolik und Rhetorik?

Die neu entstandenen Ursachen dürften eindeutig überwiegen. Es hat zwar in der BRD zu keiner Zeit an Bestrebungen gefehlt, nationalistische rechtsradikale Parteien und Verbände zu etablieren, aber die heutigen gewaltbereiten, nazistische Verbrechen demonstrativ leugnenden, lokale Gebiete terrorisierenden Truppen und der Einzug neonazistischer Parteien in Stadt-, Kreis- und Länderparlamente sind in diesem Ausmaß Phänomene der beiden letzten Jahrzehnte.

In der DDR hatten antifaschistische Aufklärungsarbeit und Erfahrungsvermittlung durchaus positive Wirkungen gezeigt, und der Staat wie die einflußreichen politischen Organisationen wachten darüber, daß sich Neonazismus nicht in der Öffentlichkeit manifestieren konnte, was indes unschwellige rechtsextremistische Trends bis hin zur Schändung jüdischer Friedhöfe nicht ausschloß. Die ritualisierten Formen des Gedenkens an die Opfer des Faschismus haben nicht wenige Menschen veranlaßt, sich mit der faschistischen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Gleichwohl können sie nicht als zuverlässiger Gradmesser dafür gelten, inwieweit die

Verurteilung der faschistischen Verbrechen, das Mitgefühl mit den Opfern und das Bewußtsein eigener Verantwortung tatsächlich verinnerlicht worden sind. Aber eine Auseinandersetzung mit dem Faschismus, seinen Verbrechen und seinen Ursachen fand statt, breiter und intensiver als in der ehemaligen Bundesrepublik.

In der BRD funktionierte lange Zeit der auf zunehmendem gesellschaftlichen und individuellen Wohlstand beruhende zivilgesellschaftliche Grundkonsens, mit dem einerseits die Auseinandersetzung mit der nazistischen Vergangenheit verdrängt, andererseits rechtsextremistischen Bestrebungen eine Außenseiterrolle zugewiesen wurde. Die 68er Bewegung legte die Verdrängungsmechanismen bloß, konfrontierte die Elterngeneration mit der Frage nach ihrem eigenen Verhalten und versetzte der Gesellschaft einen kritischen Impuls.

Insgesamt hatte die in den ersten Nachkriegsjahren unter alliierter Zuständigkeit und nach alliierten Weisungen erfolgte Entnazifizierung trotz vieler Abstriche, die an ihren Methoden und Resultaten zu machen sind, ihre Wirkung gezeigt. Wenn es einen „verordneten Antifaschismus“ gegeben hat, so wurde er den Deutschen zuerst und vor allem von den alliierten Siegermächten verordnet – und dies zurecht. Und wenn am „verordneten Antifaschismus“ etwas zu kritisieren ist, so vor allem, daß er den Deutschen von den Siegermächten verordnet werden mußte, weil diese das Joch der Hitlerdiktatur nicht selbst abgeschüttelt haben.

Bei der Entnazifizierung wurden alles in allem in der sowjetischen Besatzungszone die effektiveren und auch gerechteren Verfahren angewandt. Das haben, als noch nicht alle Schalter auf Delegitimierung der DDR umgelegt waren, auch bundesdeutsche Zeithistoriker anerkannt. So konnte man zum Beispiel bei Christoph Kleßmann lesen: „In der Grundkonzeption war die sowjetische Form der Entnazifizierung in der Verbindung von schnellen und einschneidenden Struktureingriffen mit umfassender, aber gezielter personeller Säuberung und frühzeitiger Reintegration der Mitläufer ohne Zweifel das konsequenteste und effektivste System aller Besatzungszonen.“²⁰ Die Entnazifizierung speziell in der amerikanischen Besatzungszone, in der die Auseinandersetzung mit den Hauptschuldigen in einem uferlosen Durchleuchten zahlloser Menschen und im Reinwaschen von Nazis unterging, hat schon zeitgenössisch und später in der Historiographie starke Kritik hervorgerufen. Denn sie verhinderte nicht, daß in der Wirtschaft, in der Justiz, in der Wissenschaft, in den Medien, in der Kultur, im Militärwesen und auch in der Politik viele ungebrochene oder nur leicht eingeknickte Karrieren möglich wurden. Das bedeutet nicht, daß sich alle diese Leute wie eh und je von nazistischer Gesinnung leiten ließen oder gar als fünfte Kolonne in der Bundesrepublik tätig gewesen wären, wenngleich es nicht an Leuten fehlte, die in einflußreichen Positionen den Nachwuchs in ihrem Geiste formten. Typisch waren indes Anpassungsprozesse, die Mutation zu Vernunftdemokraten und zuverlässigen Weggefährten der Führungsmacht USA. Diese Art des Übergangs aus der Naziära in die parlamentarische Demokratie und in den Rechtsstaat war nicht nur für individuelle Biographien,

20 Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen 1982, S.387.

sondern auch für die westdeutsche Gesellschaft im ganzen charakteristisch und schwächte ihre Immunität gegen rechtsextreme und faschistische Ideen und Praktiken erheblich.

Mit diesem Urteil ist nicht bestritten, daß das Grundgesetz in Auseinandersetzung mit dem Faschismus und den seine Machteroberung begünstigenden Gegebenheiten der Weimarer Republik entstand. Zu den Gründervätern der Bundesrepublik gehörten nicht wenige, denen der Bruch mit der faschistischen Vergangenheit ein verpflichtendes und aufrichtiges Anliegen war. Solange die alte BRD prosperierte, bestand keinerlei Notwendigkeit, sich des Arsenal des Faschismus zu bedienen, um das politische Herrschaftssystem und die ökonomische Vormachtstellung der Hochfinanz und der Industriekonzerne abzusichern. Jetzt aber geben aktuelle Entwicklungen zu denken.

Zum 50. Jahrestag der Befreiung warnten viele besorgte Antifaschisten vor dem Vordringen des Rechtsextremismus. Sie appellierten, das Erbe des Antifaschismus hochzuhalten. Zehn Jahre später muß leider konstatiert werden, daß diese Warnungen mehr als berechtigt waren und vieles schlimmer gekommen ist, als damals angenommen. Gleichwohl gilt es eine zweite Erfahrung zu beherzigen: Nichts wäre falscher, als den alten Fehler zu wiederholen und die Scheidelinie zwischen faschistischen Bestrebungen und Aktivitäten einerseits und unsozialen oder obrigkeitsstaatlichen Wesenszügen und Erscheinungsformen einer deutschen Republik andererseits zu ignorieren oder einzunebeln. Wenn es ein Vermächtnis des Antifaschismus gibt, dann steht vornan die Pflicht, mit einem Minimalkonsens aller Demokraten den Vormarsch des Neonazismus abzuwehren und ihn schließlich und endlich aus unserer Gesellschaft und aus der europäischen Gemeinschaft zu verbannen.